

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	361
		TOP:	1
	Verhandlung	Drucksache:	736/2017
		GZ:	OB
Sitzungstermin:	27.09.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Föll		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Häbe / fr		
Betreff:	Württembergische Staatstheater Stuttgart Mehrbedarf 2017		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 01.09.2017, GRDRs 736/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Den überplanmäßigen Aufwendungen zur Mitfinanzierung von tariflichen Personalmehraufwendungen bzw. zum Ausgleich von zu niedrig veranschlagten Haushaltsansätzen für die Württembergischen Staatstheater in Höhe von 1.560.800 Euro, im THH 410 Kulturamt, Amtsbereich 410281, Kulturförderung, KGr. 43100, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, wird zugestimmt.
2. Die Deckung der Mehraufwendungen erfolgt durch die im Teilergebnishaushalt 900, Allgemeine Finanzwirtschaft, Amtsbereich 9006120, Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft, veranschlagte Deckungsreserve.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Nachdem StR Urbat (SÖS-LINKE-PluS) für seine Fraktionsgemeinschaft den Wunsch äußert, in Zukunft überplanmäßige Aufwendungen beim Württembergischen Staatstheater Stuttgart durch eine Erhöhung der Eintrittspreise aufzufangen, betont EBM Föll, die Stadt erstelle ihren Haushalt auf der Grundlage der im Staatshaushalt des Landes ver-

anschlagten Etatansätze. Im Staatshaushaltsplan seien Tarifsteigerungen von 1,5 % unterstellt worden. Die Stadt sei bei den städtischen Etatansätzen bezüglich Tarifsteigerungen von 2,0 % ausgegangen. Im Übrigen gehöre das Staatstheater zu den Häusern in der Bundesrepublik, die die höchsten Einspielergebnisse aus Kartenverkäufen aufwiesen. Also nicht nur was die kulturellen Leistungen angehe nehme das Staatstheater eine Spitzenposition ein. Auftragsgemäß werde vom Staatstheater versucht, die Eigenfinanzierungsquote zu halten beziehungsweise, wo immer möglich, auszubauen. Weiter wird vom Ersten Bürgermeister auf den Verwaltungsrat verwiesen.

Gegenüber StRin von Stein (FW) informiert der Vorsitzende, bei dem Betrag von 1,56 Mio. € handle es sich um den 50 %igen städtischen Anteil. Entsprechend des Staatstheatervertrages müsse selbstverständlich auch das Land denselben Betrag zur Verfügung stellen. Die Deckungslücke beziehe sich auf die Jahre 2015, 2016 und 2017.

Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes stellt EBM Föll fest:

Der Verwaltungsausschuss beschließt mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung wie beantragt.

Zur Beurkundung

Häbe / fr

Verteiler:

- I. Referat AKR
zur Weiterbehandlung
Kulturamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN